

# nachrichten

## Gegen einen US-geführten Irak-Krieg

Nach einem Bericht der thailändischen Zeitung *The Nation* sind rund 75 Prozent der Befragten gegen einen von den USA angeführten Irak-Krieg. 3744 Menschen aus 14 Provinzen hatten sich an dem Aufruf zur Stimmabgabe beteiligt. Nur 7,88 Prozent brachten ihre Unterstützung mit den USA zum Ausdruck. Gefragt, ob Thailand im Vorfeld eines möglichen Krieges eine klare Meinung äußern sollte, sagten 63,5 Prozent der Leute, dass friedliche Proteste gegen die Politik der USA stattfinden sollten, zum Beispiel in Form einer Petition oder durch einen Boykott von US-Waren. 27,6 Prozent der Befragten plädierten für eine neutrale Position Thailands und eine Entscheidungsfindung durch die UN. Als kleines Land solle man sich nicht direkt in die Fragen der USA einmischen. Staatschef Thaksin Shinawatra sagte, Thailand wolle keinen Krieg und hoffe auf eine friedliche Lösung. Allerdings würde Bangkok eine Entscheidung der UN akzeptieren, da Thailand auch Mitglied der UNO sei, so Thaksin.

vgl. *The Nation*, 18.2.2002

## Zerstörungsfeldzug in Sukhumvit

Mehrere Hundert Männer haben in den frühen Morgenstunden des 26. Januar 2003 den Sukhumvit Square, eine beliebte Touristenmeile Bangkoks, verwüstet. Mit Kränen und anderen schweren Geräten demolierten sie die dortigen Bars und Souvenirläden und vertrieben deren Besitzer und Arbeiter. Eine Person wurde schwer verletzt und ein Dutzend Geschäfte zerstört.

Hintergrund der offensichtlich gut geplanten Tat war eine Auseinandersetzung um den rechtlichen Status des Platzes, in die mehrere Firmen verwickelt sind. Das Finanzunternehmen Tisco hatte das Gelände ursprünglich an die Firma BRT Holding verpachtet, welche dies an verschiedene Restaurants und Clubs vermietete. Später kaufte das Sukhumvit Silver Star Unternehmen den Platz für rund 496 Millionen Baht (12,4 Millionen Euro) auf

und verpachtete Sukhumvit Square an die Firma Nickel. BRT Holding kassierte weiterhin Miete von den Besitzern und Händlern, die nicht über den Verkauf informiert wurden. Daraufhin verklagte Tisco das Unternehmen BRT Holding. Die Firma Nickel war offensichtlich verärgert über den andauernden Rechtsstreit, der ihnen eine eigene Planung mit dem Gelände – die Vertreibung der Händler zur Errichtung eines Hotelkomplexes – unmöglich gemacht haben soll. Nickel steht nun im Verdacht, diesen nächtlichen Feldzug mit Hilfe von Militärs a.D. organisiert zu haben.

Bislang hat die thailändische Polizei rund 150 Verdächtige verhaften lassen, darunter fünf hohe, teils aktive Militäroffiziere und den Manager der Firma Nickel.

vgl. *BP*, 27., 29., 30.1., 9.2.2003;  
*AsiaTimes*, 30.1.2003

## Rund 350 Tote bei jüngster Anti-Drogenkampagne

Seit dem 1. Februar 2003 geht die thailändische Polizei verschärft gegen Drogenhändler vor. Bislang haben die Behörden rund 4000 Personen verhaftet und rund 400 Millionen Methamphetamin-Pillen, die meist konsumierte Droge Thailands, beschlagnahmt. Nach Angaben der Polizei sollen die rund 350 Todesopfer größtenteils durch Morde der Drogendealer untereinander verursacht worden sein. Aus Misstrauen und Angst vor Zusammenarbeit von Informanten mit der Polizei würden sich Bandenmitglieder selbst erschießen. Nur rund ein Duzend der Todesfälle seien eine Folge von Selbstverteidigungsmaßnahmen der Beamten. Menschenrechtsgruppen in Thailand zeigen sich besorgt über eine »Todesschuss« – Politik, die nicht-legale Maßnahmen im Kampf gegen Thailands Drogenhandel verwende. Ministerpräsident Thaksin Shinawatra erklärte, dass eine Sympathie mit Drogenhändlern doch »sehr ungewöhnlich«

wäre und verwies auf die Erfolge der Polizei. Allerdings warnte er die Beamten auch davor, doppeltes Spiel zu betreiben. Er hat jüngst rund 700 Regierungsoffizielle auf verschiedenen Ebenen beschuldigt, in Drogengeschäfte verwickelt zu sein.

Von den ca. drei Millionen Menschen in Thailand, die Pillen, zumeist Methamphetamine, nehmen, werden 250.000 bis 500.000 als Drogenabhängige eingestuft. Im Jahr 2001 beschlagnahmten die thailändischen Behörden rund 8338 Kilogramm Methamphetamine. Burma ist Drogenmarkt Nummer eins für Thailand. Die dortige Armee der ethnischen Minorität Wa kontrolliert rund 80 Prozent des Opium und Heroin-Handels und die meisten der Methamphetamin-Labors. Staatschef Thaksin Shinawatra ist wiederholt wegen seiner kooperativen Politik gegenüber Burma in Kritik geraten.

vgl. *AsiaTimes*, 17.1., 17.2. 2003;  
*The Nation*, 3.2.2003; *BBC News*,  
9., 18.2.2003; *IHT*, 18.2.2003

## Bali-Anschlag nicht in Thailand geplant

Der thailändische Chef der Terrorismusbekämpfung, Major General Tritot Ronnaritvichai, hat die Vermutung indonesischer Behörden zurückgewiesen, nach denen die Anschläge auf Bali in Thailand geplant worden seien. Tritot legte zum ersten Mal Details diesbezüglicher Nachforschungen offen. Laut seines Berichts haben thailändische Behörden seit Ende 2001 nahezu jeden Schritt dreier hochstehender Jemaah Islamiyah-Mitglieder, die verantwortlich sein sollen, verfolgt und ihre Kontakte überprüft. Die Gruppe Jemaah Islamiyah wird für die Anschläge auf Bali verantwortlich gemacht. »Den einzigen Plan, den sie in Thailand gemacht haben, ist den ihrer nächsten Zufluchtsmöglichkeit«, so Tritot. Die beiden Männer, Chefplaner Riduan Isamuddin alias Hambali, Finanzmanager Mohammed Mansour und ein Kontaktmann in Singapur, Mas Selamat Kastari, seien im Dezember 2001 vor den Behörden aus Malaysia nach Bangkok geflohen. Danach teilten sie sich auf, Jabarah konnte schließlich Mitte Januar 2002 bei seiner Landung in Oman verhaftet werden. Thailändische Beamte hatten ihren US-Kollegen den entscheidenden Tipp gegeben. Major General Tritot wurde dafür im Juli 2002 für seine gute Arbeit im Kampf gegen den Terrorismus ausgezeichnet. Jüngst zeichnen sich Spannungen zwischen thailändischen Behörden und dem amerikanischen FBI ab: Das FBI wirft der thailändischen Regierung vor, zu vorsichtig und zögerlich zu arbeiten. Zudem sollen laut eines FBI-Berichts thailändische Militärs Mitgliedern der Jemaah Islamiyah Trainingsmöglichkeiten und leichte Waffen angeboten haben.

vgl. *FEER*, 8.2.2002

## Härtere Töne gegenüber Flüchtlingen

Die UN-Flüchtlingsorganisation (UNHCR) und thailändische Menschenrechtsgruppen warnen vor einer Verschärfung der Flüchtlingspolitik Thailands. Als Anlass galt die Rede von General Winai Phattiyakul, neu ernannter Sekretär des nationalen Sicherheitsrates Thailands. Dieser betonte in seiner Antrittsrede am 29.12.2002, dass »Thailand von nun an Flüchtlinge zwingen wird, dorthin zurückzukehren, wo sie hergekommen sind. Thailand wird Flüchtlinge aus Myanmar und anderen Ländern nicht länger willkommen heißen.« Vorangegangen war ein dreitägiges Ultimatum an 64 Flüchtlinge der in Burma angesiedelten Karen-Minorität, Thailand wieder zu verlassen. Der thailändische Militärsprecher bezeichnete sie als »Angehörige einer nationalen Armee gegen das Yangon-Regime«, Menschenrechtsgruppen identifizierten die

Flüchtlinge dagegen als »unbewaffnete Zivilisten«. Die Karen-Minorität kämpft um ihre Unabhängigkeit gegen das Regime in Rangun. Nach Aussagen von Menschenrechtsgruppen sind zudem die Auflagen gegenüber bereits in Thailand lebenden Dissidenten verschärft worden. Hinter der neuen Politik der Regierung vermutet man die Kooperationsversuche von Staatschef Thaksin Shinawatra mit Burma sowie einen größeren Einfluss des Militärs in bestimmten Politikbereichen. Obwohl Thailand die UN-Flüchtlingskonvention nicht unterschrieben hat, hat es seit 1975 ca. 1,5 Millionen Flüchtlingen aus benachbarten Ländern Schutz gewährt. Es leben rund 100.000 politische Flüchtlinge und rund eine Million wirtschaftliche Migranten in Thailand. vgl. AsiaTimes, 7.1.2003 Thailand nun schuldenfrei beim IMF Die thailändi-

sche Regierung hat Anfang Januar 2003 entschieden, die letzte Rate des IMF-Kredits bereits drei Jahre vor Ablauf der Frist zurückzuzahlen. In drei Teilzahlungen bis Anfang Juni dieses Jahres soll nun die Restsumme von rund 4,8 Milliarden US-Dollar geleistet werden. Nach Meinung von Finanzexperten will Thailand damit sein schlechtes Image bei den ausländischen Anlegern verbessern. Diese weisen immer wieder auf ein ineffizientes Finanzsystem und mangelnde Kontrollen hin; jüngst wirkten sich zudem Berichte von terroristischen Aktivitäten im Süden Thailands negativ auf das Vertrauen der Investoren aus. Die Tilgung der Schulden beim IMF könnten zu einer Betterbewertung Thailands von Kreditinstitutionen führen und betont zudem eine neue Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit Bangkoks in

# nachrichten

puncto Finanzpolitik. Kritiker befürchten allerdings, dass sich die Regierung damit finanzpolitisch übernommen hat. Im Falle eines Irak-Krieges seien weder genug Reserven für den Ölimport, noch für das Auffangen einer möglichen kriegsbedingten Kapitalflucht vorhanden.

vgl. The Straits Times, 11.1.2003

## Neue Vorschläge zum Kampf gegen Korruption

Die Behörde für nationale Wirtschaft und Entwicklung, das National Economic and Social Development Board (NESDB) hat neue Vorschläge für den Kampf gegen die grassierende Korruption unterbreitet. Allen voran solle der Sex-Handel legalisiert werden, so der offizielle Think tank der Regierung. Dadurch könne das große Ausmaß an Korruption, welches mit dieser Branche verbunden sei, verhindert und die Einnahmen zudem besteuert werden. Die Sprecher der Gruppe für den Schutz der Rechte von Arbeitenden im Bereich der Sex-Industrie, Chantawipa Apisuk, bezeichnete den Vorschlag als »exzellent«. Viele Vertreterinnen feministischer Gruppen sprechen sich bereits seit Jahren für diesen Schritt aus; zum ersten Mal hat nun eine offizielle Behörde diese Idee aufgegriffen.

Ein weiterer Vorschlag des NESDB umfasst die Zahlung

höherer Gebühren für Dienstleistungen, zum Beispiel die Vergabe von Geschäftslizenzen, durch die Regierung. Damit sollen die offiziellen Gehälter der Beamten erhöht und somit der Anreiz für illegale Einnahmequellen durch Korruption gesenkt werden.

Jüngst protestierte NESDB zudem gegen den Änderungs-vorschlag eines Gesetzes durch das Finanzministerium. Nach diesem soll die Überwachungsfunktion bei Joint-Venture Vorhaben zwischen staatlichen und privaten Firmen zurückgeschraubt werden. Das Finanzministerium argumentiert, dass das gültige Gesetz neue lukrative Projekte wie den neuen Bangkok Flughafen durch das Antragsprozedere unnötig verzögere. NESDB dagegen sieht durch eine Gesetzesänderung die Gefahr für unkontrollierte Korruptionsmöglichkeiten.

vgl. BP, 13.1.2003; SCMP, 18.2.2003

## Thaksin versetzt Minister eigenmächtig

Ohne seine Berater oder die Koalitionsparteien zu informieren, ließ Ministerpräsident Thaksin Shinawatra fünf Minister auf neue Posten versetzen. Justizminister Purachai Pium-sombun, der aufgrund eines Dauerstreits bei seinen Beamten sehr unbeliebt geworden war, bekam den Posten eines Vize-Ministerpräsidenten. Sein Nachfolger ist Pongthep Thepkanchana, vormalig Energieminister. Pongthep gilt aufgrund seiner juristischen Ausbildung als hoffungsvolle Neubesetzung. Kritiker Thaksins meinten, dass der Ministerpräsident nur deshalb auf den Druck der Justizbeamten reagiert habe, weil Thaksins Schwager, Somchai Wongsawad, der ständige Sekretär des umstrittenen Justizminister gewesen sei. Zudem habe Thaksin den neuen Chef der Justiz, Pongthep, auch für seine Hilfe bei den Steuerproblemen seiner Frau, Pojaman Shinawatra, belohnen wollen.

Vize-Ministerpräsident Prommin Lertsurdej rückte auf den durch Pongtheps Versetzung freigewordenen Posten des Energieministers nach.

Finanzminister Somkid Jatusripitak, wurde auf einen Vize-Ministerpräsidentenposten versetzt, da anhaltende Konflikte mit seinem Vize Suchart Jaovisdha und Prommin die Arbeit jüngst behindert hatten. Zudem soll sich Staatschef Thaksin unzufrieden über Somkids Arbeit in puncto Steuern und die Arbeit der Thai Asset Management Corporation, gezeigt haben. Der ehemalige Vize Suchart ist neuer Chef der Finanzen.

vgl. The Nation, 9., 10., 12.2.2003; BP, 9.2.2003